

## AMENDMENT FORM

Suggestion for amendment of Article : 29

By Ms / ~~Mr~~ : Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann

Status : - Member -~~Alternate~~

---

### ***~~Artikel 29: Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Union~~***

#### ***Erster Artikel im Kapitel "Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik" in Teil II der Verfassung***

(1) Die ~~Europäische~~ Union ~~verpflichtet sich zu einer gemeinsamen~~ **erarbeitet und verwirklicht eine Gemeinsame** Außen- und Sicherheitspolitik, die auf einer fortschreitenden Entwicklung der gegenseitigen politischen Solidarität der Mitgliedstaaten, der fortschreitenden Ermittlung der Fragen von allgemeiner Bedeutung und einer zunehmend stärkeren Konvergenz zwischen den Maßnahmen der Mitgliedstaaten beruht.

~~(2) Der Europäische Rat bestimmt die strategischen Interessen der Union und legt die Ziele ihrer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik fest. Der Ministerrat gestaltet diese Politik nach Maßgabe von Teil II der Verfassung aus.~~

~~(3) Der Europäische Rat und der Ministerrat fassen die erforderlichen Beschlüsse.~~

~~(4) Diese Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik wird vom Außenminister der Union und von den Mitgliedstaaten mit den auf einzelstaatlicher und auf Unionsebene verfügbaren Mitteln umgesetzt.~~

~~(5)~~

(2) Die Mitgliedstaaten unterstützen die Außen- und Sicherheitspolitik der Union aktiv und vorbehaltlos im Geiste der Loyalität und der gegenseitigen Solidarität.

**Die Mitgliedstaaten arbeiten zusammen, um ihre gegenseitige politische Solidarität zu stärken und weiterzuentwickeln. Sie enthalten sich jeder Handlung, die den Interessen der Union zuwiderläuft oder ihrer Wirksamkeit als kohärente Kraft in den internationalen Beziehungen schaden könnte.**

Die Mitgliedstaaten stimmen einander im Rat und im Europäischen Rat zu jeder außen- und sicherheitspolitischen Frage von allgemeiner Bedeutung ab, um ein gemeinsames Vorgehen festzulegen.

Bevor ein Mitgliedstaat auf internationaler Ebene eine Maßnahme ergreift oder eine Verpflichtung eingeht, die die Interessen der Union berühren könnte, konsultiert er die anderen Mitgliedstaaten im Rat oder im Europäischen Rat. ~~Die Mitgliedstaaten gewährleisten durch konvergentes Handeln, dass die Union ihre Interessen und Werte auf internationaler Ebene geltend machen kann. Die Mitgliedstaaten sind untereinander solidarisch.~~

**Der Rat und der Außenminister tragen für die Einhaltung dieser Grundsätze Sorge.**

~~(6) Das Europäische Parlament wird zu den wichtigsten Aspekten und den grundlegenden Weichenstellungen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik gehört und über ihre Entwicklung auf dem Laufenden gehalten.~~

~~(7) Im Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik nehmen der Europäische Rat und der Ministerrat außer in den in Teil II der Verfassung vorgesehenen Fällen Beschlüsse einstimmig an. Sie beschließen auf Vorschlag eines Mitgliedstaates oder des Außenministers der Union oder auf gemeinsamen Vorschlag des Außenministers der Union und der Kommission.~~

~~(8) Der Europäische Rat kann einstimmig entscheiden, dass der Rat in anderen als den in Teil II der Verfassung genannten Fällen mit qualifizierter Mehrheit beschließt.~~

**(3) Die Union verfolgt ihre Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, indem sie**

- **die Grundsätze und allgemeinen Leitlinien bestimmt,**
  - **Beschlüsse über**
    - **Aktionen der Union,**
    - **Standpunkte der Union**
- annimmt**

**und die regelmäßige Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten bei der Führung ihrer Politik ausbaut.**

---

**Explanation (if any) :**

***Einordnung dieser Bestimmung:***

**Verschiebung in den Teil II.** Diese Bestimmung ist im Hinblick auf den Regelungskontext verwirrend. Die Art. 24 bis 33 beschreiben allgemeine Formvorschriften der Kompetenzausübung der Union. Die vom Präsidium vorgeschlagene Bestimmung beschreibt dagegen die materiellen Grundsätze der GASP – diese jedoch gehören in den Teil II der Verfassung, wo sich dementsprechend auch etliche Regelungen dieser Bestimmung wiederfinden. Dieser Artikel sollte deshalb mit dem derzeitigen Artikel 3 des Teils II der Verfassung zu einer Bestimmung verschmolzen werden, die am Anfang des Kapitels "Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik" in Teil II der Verfassung

einzuordnen wäre.

**Absatz 1:**

Die EU besitzt keine eigene Kompetenzkompetenz, aufgrund derer sie sich selbst zu einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik verpflichten könnte. Sie wird vielmehr durch die Mitgliedstaaten im Wege der Verfassung zur Erarbeitung und Verwirklichung einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik verpflichtet (vgl. Artikel 3 Absatz 1 des Präsidiumsentwurfs für den Titel "Außenpolitisches Handeln der Union" in Teil II der Verfassung).

**Absatz 2 (alt):**

**Streichung.** Der Regelungsgehalt entspricht dem des Artikels 4 Absätze 1 und 3 des Präsidiumsentwurfs für den Titel "Außenpolitisches Handeln der Union" in Teil II der Verfassung.

**Absatz 3 (alt):**

**Streichung.** Der rechtliche Gehalt dieser Regelung ist in Artikel 4 Absätze 1 und 3 des Präsidiumsentwurfs für den Titel "Außenpolitisches Handeln der Union" in Teil II der Verfassung enthalten.

**Absatz 4 (alt):**

**Streichung.** Hinsichtlich des Außenministers entspricht der Regelungsgehalt dem des Artikel 5 Absatz 1 des Präsidiumsentwurfs für den Titel "Außenpolitisches Handeln der Union" in Teil II der Verfassung. Hinsichtlich der Mitgliedstaaten ist die Regelung dagegen entbehrlich, jedenfalls findet sie sich bereits in Artikel 28 Absatz 1 des Präsidiumsentwurfs für den Teil I der Verfassung.

**Absatz 5 (alt) = Absatz 2 (neu):**

Ergänzung durch Übernahme der Regelung aus Artikel 3 Absatz 2 des Präsidiumsentwurfs für den Titel "Außenpolitisches Handeln der Union" in Teil II der Verfassung.

**Absatz 6 (alt):**

**Streichung.** Der rechtliche Gehalt dieser Regelung ist in Artikel 13 des Präsidiumsentwurfs für den Titel "Außenpolitisches Handeln der Union" in Teil II der Verfassung enthalten.

**Absatz 7 (alt):**

**Streichung.** Hinsichtlich des Europäischen Rates ergibt sich diese Regelung bereits aus Artikel 16 Absatz 4 des Präsidiumsentwurfs für den Teil I der Verfassung. Hinsichtlich des Rates ist diese Regelung bereits in Artikel 9 Absatz 1 des Präsidiumsentwurfs für den Titel "Außenpolitisches Handeln der Union" in Teil II der Verfassung verankert. Die Regelung zum Initiativrecht findet sich in Artikel 8 Absatz 1 des Präsidiumsentwurfs für den Titel "Außenpolitisches Handeln der Union" in Teil II der Verfassung.

**Absatz 8 (alt):**

**Streichung.** Diese Regelung ist bereits in Artikel 9 Absatz 3 des Präsidiumsentwurfs für den Titel "Außenpolitisches Handeln der Union" in Teil II der Verfassung enthalten.

**Absatz 3 (neu):**

Übernahme der Regelung aus Artikel 3 Absatz 3 des Präsidiumsentwurfs für den Titel "Außenpolitisches Handeln der Union" in Teil II der Verfassung.